

Kreistag

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sonder-Sitzung des Kreistages am 27.03.2013 in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde, Kreistagssaal.

Anwesend waren:

Kreistagsvorsitzender

Herr Christoph Schulze

Kreistagsabgeordnete

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Frau Karola Andrae

Herr Helmut Barthel

Herr Michael Baumecker

Frau Maritta Böttcher

Herr Helmut Dornbusch

Herr Erich Ertl

Herr Dr. Manfred Georgi

Herr Dr. Rudolf Haase

bis 20 Uhr (TOP 7)

Frau Carola Hartfelder

Herr Detlev von der Heide

Herr Dirk Hohlfeld

Frau Heide Igel

Herr Dr. Gerhard Kalinka

bis 20 Uhr (TOP 7)

Herr Wilfried Käthe

Frau Evelin Kierschk

Frau Gertrud Klatt

Herr Andreas Krüger

bis 20 Uhr (TOP 7)

Herr Hermann Kühnapfel

Frau Heike Kühne

Herr Lutz Lehmann

Herr Fritz Lindner

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Herr Jörg Niendorf

Herr Andreas Noack

Frau Angelika Österreicher

Frau Bärbel Redlhammer-Raback

Herr Dr. Rainer Reinecke

Frau Gertraud Rocher

Herr Roland Scharp

Herr Helmut Scheibe

Herr Jens Schlösser

Frau Gabriele Schröder

Frau Ria von Schrötter

Herr Dirk Steinhausen

Herr Dr. Günter Stirnal

Herr Felix Thier

Frau Kornelia Wehlan

Herr Michael Wolny

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske
Herr Holger Lademann
Herr Detlef Gärtner
Herr Dieter Albrecht
Herr Horst Bührendt

Erste Beigeordnete und Dezernentin II
Beigeordneter und Dezernent III
Beigeordneter und Dezernent IV
Dezernent I
Dezernent V

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete

Herr Dr. Ralf von der Bank
Frau Martina Borgwardt
Herr Thomas Czesky
Frau Gabriele Dehn
Herr Peter Dunkel
Herr Danny Eichelbaum
Frau Katja Grassmann
Herr Klaus Hubrig
Herr Falk Kubitza
Frau Bärbel Laue
Frau Christin Menzel
Herr Lutz Möbus
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Frank Priefert

Unentschuldigt fehlten:

Herr Bernd Habermann
Herr Wilhelm Schröter

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:20 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der 26. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 25.02.2013
- 3 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Antrag von neun Abgeordneten zur vorläufigen Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“ 4-1455/13-KT
- 5.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, CDU, FDP/BV und DIE LINKE. zur Überarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes 4-1426/13-I 4-1492/13-KT
- 5.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, CDU, FDP/BV und DIE LINKE. zum Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC 4-1493/13-KT
- 6 Mitteilungen des Landrates
- 7 Information zum Verkauf von Immobilien der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Teltow-Fläming durch den Geschäftsführer der SWFG mbH

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------|---|--------------|
| 8 | Verkauf von Immobilien der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH | 4-1484/13-LR |
| 9 | Erteilung einer Genehmigung des Kreistages für eine Zeugenaussage | 4-1501/13-KT |

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die frist- und formgerechte Einladung zur Sonder-Sitzung des Kreistages fest.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass zusätzlich zur Tagesordnung zwei Dringlichkeitsanträge und eine Dringlichkeitsvorlage vorliegen.

Der Kreistag bejaht einstimmig die Dringlichkeit des Antrages 4-1492/13-KT zur Überarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass ihm am heutigen Tage zum Dringlichkeitsantrag 4-1493/13-KT – Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC – ein Schreiben des Personalrates sowie der Schwerbehindertenvertretung der Kreisverwaltung zugegangen ist, die ihre Mitwirkungsrechte beeinträchtigt sehen. Er rät der Verwaltung und den Fraktionen des Kreistages an, bei Maßnahmen, die aus diesem zu fassenden Beschluss erwachsen, beide Vertretungen frühzeitig einzubeziehen.

Der Kreistag bejaht bei einigen wenigen Nein-Stimmen und einigen wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit die Dringlichkeit des Antrages 4-1493/13-KT zum Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC.

Der Kreistag bejaht einstimmig die Dringlichkeit der Vorlage 4-1501/13-KT zur Genehmigung einer Zeugenaussage.

Der Aufnahme des Dringlichkeitsantrages 4-1492/13-KT in die Tagesordnung als TOP 5.1 und des Dringlichkeitsantrages 4-1493/13-KT als TOP 5.2. wird einstimmig zugestimmt.

Der Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage 4-1501/13-KT in die Tagesordnung als TOP 9 wird einstimmig zugestimmt.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der 26. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 25.02.2013

Es liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

TOP 3

Mitteilungen des Vorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 4

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Kreistages gibt die Verfahrensweise für die Einwohnerfragestunde bekannt.

(Frau Abg. Klatt nimmt an der Sitzung teil.)

Frau Ehresmann, Bürgerinitiative Freier Wald, Kallinchen, fragt, ob bekannt ist, dass in der Zossener Heide vor Kurzem Wald abgeholzt wurde. Die Bürgerinitiative vertritt die Auffassung, dass damit der Schutzgegenstand gefährdet ist. Sie möchte wissen, ob die Abgeordneten den Bürgern oder den Vorhabenträgern glauben, die angedroht haben, dass es zu einer Klage kommen wird, wenn der Kreistag heute die Unterschutzstellung beschließen wird.

Frau Gurske, Erste Beigeordnete, führt aus, dass die Aktivitäten in der Zossener Heide der Verwaltung bekannt sind.

Herr Lademann, Beigeordneter, erläutert, dass über das Umweltamt Kontakt mit der Forstbehörde aufgenommen wurde. Bisher gibt es noch keinen Rücklauf dazu, welche Flächen in welchen Größenordnungen von einer Abholzung betroffen sein sollen.

Frau Gurske sichert eine schriftliche Antwort zu.

Frau Kobosil, Bürgerinitiative Freier Wald, Kallinchen, fragt, ob es eine rechtliche Grundlage für die Androhung einer Klage im Falle der vorläufigen Unterschutzstellung gibt. Sie macht darauf aufmerksam, dass durch schnelles Abholzen Tatsachen geschaffen werden und somit das Gutachten beeinflusst wird, da in einer Fläche, die nicht mehr existiert, kein Gutachten mehr möglich ist. Sie fragt, inwiefern es zulässig ist, dass Waldbesitzer persönliche Drohungen aussprechen können.

Herr Lehmann, Kerzendorf, Mitarbeiter der Firma Energiequelle, fragt, warum die Abgeordneten die einstweilige Unterschutzstellung als notwendig erachten. Er verweist darauf, dass die Vorhabenträger sich dazu verpflichtet haben, vor Beendigung der Untersuchungen keine Maßnahmen durchzuführen.

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass die Argumente zu den Fragen im nachfolgenden Tagesordnungspunkt 5 ausgetauscht werden.

Herr Gurczik, Bürgerinitiative Freier Wald, Kallinchen, macht auf ein Schreiben der Unteren Naturschutzbehörde aus dem Jahr 2010 aufmerksam, in dem die Firma Ökotec darauf hingewiesen wird, dass in dem Gebiet Fledermäuse vorhanden sein werden. Er fragt, ob es der UNB und den Verantwortlichen bekannt ist, dass dieses Schreiben seit 2010 existiert.

Frau Gurske sichert eine schriftliche Antwort zu.

TOP 5

Antrag von neun Abgeordneten zur vorläufigen Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“ (4-1455/13-KT)

Der Vorsitzende des Kreistages übergibt die Leitung der Sitzung an die stellv. Vorsitzende des Kreistages Frau Böttcher.

Herr Abg. Krüger, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt, informiert, dass derzeit zwei Schutzwürdigkeitsgutachten - Gutachten für das LSG und für die Genehmigungsunterlagen - mit unterschiedlichen Zielen erstellt werden. Die Untersuchungen werden bis zum Herbst dieses Jahres andauern. Als Ergebnis des Schutzwürdigkeitsgutachtens soll ein Abgrenzungsvorschlag für das LSG erfolgen. Damit ist eine Aussage möglich, wie ein LSG inhaltlich aussehen kann. Im Anschluss daran erfolgen die formellen Verfahrensschritte. Ein Abschluss des Verfahrens ist erst 2014 zu erwarten. Herr Abg. Krüger verweist auf zwei weitere Verfahren, die beteiligt sind – der Regionalplan sowie der Flächennutzungsplan der Stadt Zossen. Er macht deutlich, dass der Kreistag mit seinem Beschluss vom 18. Juni 2012 zur Eröffnung des Schutzgebietsverfahrens für das geplante LSG "Wierachteiche - Zossener Heide" das Prozedere der Untersuchung zur Eignung des Gebietes zur Windenergieerzeugung festgeschrieben hat. Die Untersuchungen werden hierbei transparent und nachvollziehbar sowie ergebnisoffen geführt. Der Kreistag hat damit ein Verfahren eingeleitet, welches die Gewähr für eine verantwortungsvolle Entscheidung bietet. Herr Abg. Krüger macht darauf aufmerksam, dass es der Kreistag in der Hand hat, ob er die große Verantwortung wahrnehmen und das Verfahren zum Ziel führen will oder ob er es mangels Vertrauen mit der Zustimmung zum vorliegenden Antrag stoppt. Die Kardinalfrage ist, ob es genügend Vertrauen in das zurzeit laufende Verfahren gibt. Wenn es Vertrauen gibt, müssen die Argumente für die Weiterführung des eingeleiteten Verfahrens sachlich, fachlich begründet, stichhaltig und glaubhaft sein. Im Umkehrschluss ist zu klären, welche Argumente so schwer wiegen, das begonnene Untersuchungsverfahren abzubrechen. Im Falle der Fortführung des Verfahrens gibt es klare und transparente Festlegungen.

Herr Abg. Krüger gibt bekannt, dass der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt in seiner Sitzung am heutigen Tage bei 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Ablehnung des vorliegenden Antrages empfohlen hat.

Herr Abg. Schulze erläutert die gegenwärtige Interessenlage der Beteiligten und verweist auf die Gründe für eine Privilegierung von Windenergieanlagen. Zur Situation bezüglich des geplanten LSG „Wierachteiche – Zossener Heide“ führt er aus, dass aufgrund der unterschiedlichen Interessen Kontrolle besser ist als Vertrauen. Persönlich ist sein Vertrauen in die Vorhabenträger, die Wort halten wollen, sehr begrenzt. Er denkt, dass die einstweilige Unterschutzstellung keine grundlegende Absage an die Möglichkeit der Aufstellung von Windkraftanlagen in der Region ist, denn der Kreistag kann diese auch jederzeit wieder aufheben. Herr Abg. Schulze verweist darauf, dass die Unterzeichner namentliche Abstimmung über den Antrag beantragt haben.

Herr Abg. Kühnappel fügt hinzu, dass der Flächennutzungsplan in Zossen seit einem Jahr in Bearbeitung ist. Er informiert, dass seit letzter Woche Teilergebnisse in Bezug auf die Untersuchungen zur Windkraft vorliegen. Viele Kriterien weisen bereits jetzt darauf hin, dass es eine klare Tabuzone wird. Er verweist darauf, dass sich die Gegenseite nicht an ihre Zusagen gehalten hat. Vor Ort ist Kahlschlag zu sehen und dieser hat mit Waldnutzungsänderung oder Aufforstung seiner Meinung nach nichts zu tun. Deshalb sollte dem Antrag zugestimmt werden.

Herr Abg. Lindner beantragt im Namen der Fraktion SPD/Grüne eine Änderung des Beschlussvorschlages. Im Punkt 3 sollte am Satzende die Formulierung angefügt werden „falls die in Arbeit befindlichen Gutachten die Schutzwürdigkeit feststellen.“ Weiterhin sollte ein neuer Punkt 4 mit folgendem Wortlaut zugefügt werden: „Die Kreisverwaltung wird

aufgefordert, mit der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland Fläming Ersatzflächen abzustimmen, um den Regionalplan Windkraft nicht zu gefährden.“

Herr Abg. Dr. Reinecke macht die unterschiedlichen Interessen deutlich, die bei dieser Problematik aufeinandertreffen. Diese sind untereinander abzuwägen. Bei seiner persönlichen Abwägung geht er vom Beschluss des Kreistages vom 18. Juni 2012 aus, der das Ziel hat, das Gebiet möglichst im Einklang zwischen Natur und Mensch zu entwickeln und dabei den Tourismus zu beachten. Nach seinen Berechnungen würde das Interesse der Landesregierung, 2% der Flächen im Land als Windkraftflächen zu entwickeln, auch dann noch gewahrt werden, wenn der Windpark Kallinchen-Wünsdorf aus dem Regionalplan herausgenommen werden würde.

Herr Abg. Schulze informiert, dass die Anzahl der Windkraftanlagen in Teltow-Fläming verdoppelt wird, wenn der Regionalplan in der jetzigen Entwurfsfassung durchkommt. Er plädiert generell nicht gegen Windkraft, da diese eine wichtige zukunftsweisende Technologie ist. Jedoch darf sie nicht mit der „Brechtstange“ durchgesetzt werden. Mit dem Änderungsvorschlag der Fraktion SPD/Grüne zeigt er sich einverstanden.

Herr Abg. Thier verweist darauf, dass die Firma Ökotec schriftlich eine Zusage gegenüber dem Landkreis abgegeben hat, keine baueinleitenden Schritte vorzunehmen, bevor die erforderlichen Untersuchungen durchgeführt wurden und die Abstimmungen zur Schutzwürdigkeit erfolgt sind. Er merkt an, dass es bereits heute möglich ist, in Landschaftsschutzgebieten Windkraftanlagen zu errichten und eine Unterschutzstellung keine Windkraftverhinderung ist. Herr Abg. Thier macht deutlich, dass forstliche Maßnahmen nur durch Experten bewertet werden können. Er fragt, wer sich fachlich informiert und selbst ein Bild davon gemacht hat, wie es in dem Vorhabengebiet aussieht. In dem vorliegenden Antrag sieht er keine neutrale Ausgangslage für alle Beteiligten und kann diesem deshalb nicht zustimmen.

Dem Änderungsantrag, dem 3. Beschlussvorschlag die Formulierung „falls die in Arbeit befindlichen Gutachten die Schutzwürdigkeit feststellen.“ anzufügen, wird bei 2 Nein-Stimmen und wenigen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Dem Änderungsantrag, einen 4. Beschlussvorschlag mit dem Wortlaut „Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, mit der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland Fläming Ersatzflächen abzustimmen, um den Regionalplan Windkraft nicht zu gefährden.“ anzufügen, wird bei 18 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, und 6 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Herr Lademann macht darauf aufmerksam, dass angesichts der Osterfeiertage der Termin Ende April 2013 sehr eng bemessen ist.

Über den nunmehr geänderten Antrag erfolgt namentliche Abstimmung. (Die namentliche Abstimmung liegt der Niederschrift als Anlage bei.)

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag Teltow-Fläming fordert die Verwaltungsleitung auf, den Erlass einer einstweiligen Sicherstellung durch den Landrat für das beabsichtigte Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Wierachteiche – Zossener Heide“ nach erfolgter Befugnisübertragung durch das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MUGV) unverzüglich umzusetzen.
2. Der Kreistag Teltow-Fläming fordert die unverzügliche Einleitung des Verfahrens, die Anhörung der Kommunen und die einstweilige Unterschutzstellung per Verfügung/Verordnung bis spätestens Ende April 2013.

3. Der Kreistag Teltow-Fläming fordert die Herausnahme der Flächen des geplanten LSG „Wierachteiche – Zossener Heide“ aus dem Regionalplan Wind der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, falls die in Arbeit befindlichen Gutachten die Schutzwürdigkeit feststellen.
4. Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, mit der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland Fläming Ersatzflächen abzustimmen, um den Regionalplan Windkraft nicht zu gefährden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	11
Enthaltung:	4

(Frau Abg. Rocher verlässt die Sitzung.)

TOP 5.1

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, CDU, FDP/BV und DIE LINKE. zur Überarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes 4-1426/13-I (4-1492/13-KT)

Der Vorsitzende des Kreistages übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Abg. Barthel macht darauf aufmerksam, dass das vorliegende Haushaltssicherungskonzept mit einem Defizit von 4 Mio. € endet. Er geht davon aus, dass das Innenministerium dem Landkreis keinen überragenden Konsolidierungswillen bescheinigen wird. Deshalb besteht die Notwendigkeit, dass die Verwaltung nochmals fachlich begründete Maßnahmen vorschlägt, die sichern, dass eine schwarze Null am Ende des HASI steht. Die Abgeordneten haben dann politisch zu entscheiden, ob diese Maßnahmen auch so gewollt sind. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es Beispiele im Land gibt, wo Landkreise gegen die Übertragung der Aufgaben vom Land oder Bund ohne ausreichende Finanzierung geklagt haben, was im Ergebnis zur Entlastung des Kreishaushaltes beigetragen hat. Er bittet die Kreisverwaltung zu prüfen, ob es hier noch Möglichkeiten gibt, die Einnahmesituation zu verbessern.

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung, das am 28. Januar 2013 eingebrachte Haushaltssicherungskonzept (Vorlagen-Nr. 4-1426/13-I) so zu überarbeiten, dass es den formalen und inhaltlichen Anforderungen des Runderlasses Nr. 5/2000 des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg vom 23.2.2000 über die Aufstellung, Ausgestaltung und Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten voll umfänglich Rechnung trägt. Das Schreiben des Innenministeriums (IM) vom 06.12.2011 für zukünftige Haushalte sowie das Schreiben des IM zum Haushalt 2012 sind dabei zu berücksichtigen.

Das überarbeitete Haushaltssicherungskonzept ist den Mitgliedern des Kreistages bis zum 13. Mai 2013 zu übergeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5.2

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, CDU, FDP/BV und DIE LINKE. zum Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC (4-1493/13-KT)

Frau Wagner, stellv. Vorsitzende des Personalrates, erhält Rederecht.

Frau Wagner informiert, dass sich der Personalrat in seiner heutigen Sitzung mit dem vorliegenden Antrag beschäftigt hat. Der zweite Beschlussvorschlag lässt darauf schließen, dass die Maßnahmen, die PwC vorgeschlagen hat, auch tatsächlich verpflichtend umgesetzt werden sollen. Dies würde u.a. bedeuten, dass der Kreistag und die Verwaltung verpflichtet sind, mittelfristig 135 Stellen einzusparen und die freiwilligen Aufgaben zu kürzen. Der Personalrat bittet den Kreistag, von diesem Grundsatzbeschluss abzusehen und der Verwaltung auch weiterhin die Möglichkeit zu geben, sich mit dem PwC-Gutachten auseinanderzusetzen.

Herr Abg. Barthel macht deutlich, dass der Antrag an dieser Stelle etwas missverständlich ist. Es geht den Abgeordneten nicht darum, das PwC-Gutachten 1:1 umzusetzen. Die Intention dieses Antrages ist eine Selbstverpflichtung des Kreistages und der Verwaltung, sich mit dem Gutachten auseinanderzusetzen. Aufgabe aller Beteiligten ist die Haushaltskonsolidierung und das Gutachten bildet durchaus eine Basis dafür. **Er schlägt vor, den Punkt 2 so zu ändern, dass die im Bericht enthaltenen Anregungen und Vorschläge zu prüfen sind.** Diese Prüfung schließt ein, dass nicht allen Empfehlungen des Gutachtens gefolgt werden muss.

Frau Abg. Wehlan verweist auf die Notwendigkeit, eine Aufgabenkritik in der Verwaltung durchzuführen und ein Personalentwicklungskonzept zu erstellen. Dies wurde aus den Debatten im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung deutlich.

Frau Abg. Andrae macht darauf aufmerksam, dass der Kreistag gefragt ist, wenn es um die Umsetzung des PwC-Gutachtens geht. Es sind Beschlüsse zu fassen, die die Verwaltung umsetzen muss. Bisher konnte sie den Diskussionen in den Ausschüssen jedoch nur entnehmen, dass es keine Kürzungen bei Haushaltspositionen geben soll. Deshalb schlägt sie vor, den 2. Beschlusspunkt so zu belassen, da er eine Selbstverpflichtung darstellt.

Herr Abg. von der Heide hält das Sparziel im PwC-Gutachten für sehr ehrgeizig. Er vertritt jedoch die Auffassung, dass es die Größenordnung ist, die erreicht werden muss. Er kann die vorgeschlagene Änderung, die Maßnahmen zu prüfen mittragen. **Er schlägt vor, folgenden Satz hinzuzufügen:** „Maßnahmen, die sich in der Diskussion als nicht durchführbar oder als nicht zweckmäßig erweisen, sind nach Möglichkeit durch andere geeignete Maßnahmen zu ersetzen, damit das im Gutachten formulierte Sparziel am Ende erreicht wird.“

Herr Abg. Nerlich macht deutlich, dass seine Fraktion den Änderungsantrag, die Vorschläge zu prüfen, mitträgt. Die Vorschläge selbst müssen jedoch von der Verwaltung kommen und den Abgeordneten, die im Ehrenamt arbeiten, zur Entscheidung vorgelegt werden.

Dem Änderungsantrag des Abg. Barthel, im Punkt 2 einzufügen, dass die Anregungen und Vorschläge zu prüfen sind, wird mehrheitlich zugestimmt.

Der Änderungsantrag des Abg. von der Heide, den Satz „Maßnahmen, die sich in der Diskussion als nicht durchführbar oder als nicht zweckmäßig erweisen, sind nach Möglichkeit durch andere geeignete Maßnahmen zu ersetzen, damit das im Gutachten formulierte Sparziel am Ende erreicht wird.“ hinzuzufügen, wird mehrheitlich bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag erkennt die im Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC niedergelegten Anregungen und Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung als zielführend an.
2. Die im Bericht enthaltenen Anregungen und Vorschläge sind zu prüfen und durch den Kreistag und die Verwaltung in konkrete Beschlüsse und Maßnahmen zur kurz-, mittel-, und langfristigen Haushaltskonsolidierung und zur Qualifizierung der Verwaltungsstruktur zu überführen. Das trifft für alle Aufgabenbereiche zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

TOP 6

Mitteilungen des Landrates

Frau Gurske informiert über den Wunsch von Abgeordneten, sich die neue JVA ansehen zu können. Sie würde versuchen, kurzfristig einen Termin im April zu vereinbaren und diesen den Abgeordneten über das Kreistagsbüro zur Kenntnis geben. Weiterhin gibt sie bekannt, dass die JVA einen Beirat bilden möchte, in dem sowohl Mitarbeiter der Verwaltung als auch Abgeordnete mitwirken können. Über das Kreistagsbüro wird sie Ansprechpartner und die Geschäftsordnung des Beirates zur Kenntnis geben und bittet, dies in den Fraktionen zu beraten.

Des Weiteren informiert sie über den ablehnenden Bescheid des Ministeriums zum Bau des Touristischen Verbindungsweges Zesch-Eggsdorf. Der Bescheid ist mit der Zusicherung verbunden, dass ab 2014 wieder ein Antrag gestellt werden kann. Sie informiert über einen vorangegangenen Dialog mit dem Ministerium für Finanzen, bei dem es um Grundstückstausch und ein anhängiges Gerichtsverfahren geht. Die Antwort dazu wird dem Vorsitzenden des Kreistages als Information für alle Abgeordneten zugehen.

TOP 7

Information zum Verkauf von Immobilien der SWFG mbH des Landkreises Teltow-Fläming durch den Geschäftsführer

Der Vorsitzende des Kreistages und Vorsitzende des Aufsichtsrates der SWFG (Personalunion aus dem Gesellschaftervertrag der SWFG) erläutert, warum die heute zu treffende Entscheidung des Kreistages nicht zwingend notwendig gewesen wäre, da sie in der Entscheidungskompetenz des Aufsichtsrates liegt. Aus grundsätzlichen Erwägungen und im Hinblick auf die Regelung des § 97 Abs. 1 BbgKVerf sollte jedoch die Zustimmung des Kreistages eingeholt werden.

Der Kreistag erteilt Herrn Vogler, Geschäftsführer der SWFG, einstimmig das Rederecht für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Der Kreistag erteilt Herrn Liebezeit, Wirtschaftsprüfer der SWFG, einstimmig das Rederecht für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

(Herr Abg. Krüger, Herr Abg. Dr. Haase und Herr Abg. Dr. Kalinka verlassen die Sitzung.)

Frau Gurske gibt als Vertreterin des Hauptgeschafters der SWFG und Einreicherin der Vorlage Erläuterungen aus kreislicher Sicht. Sie verweist nochmals darauf, dass die finanzielle Schieflage der SWFG durch die fehlenden Verlustausgleiche in den Jahren 2006

bis 2009 verursacht wurde. Aus diesem Grunde wurde auch begonnen, die SWFG umzustrukturieren und auf das Kerngeschäft zurückzuführen. Mittlerweile wurden die wirtschaftsfördernden Leistungen in die Kreisverwaltung überführt. Bei der SWFG sind Kapitaldienst und Immobiliengeschäft verblieben. Sowohl im Interesse der Haushaltskonsolidierung als auch mit Blick auf die Kernaufgaben einer Kreisverwaltung ist es Ziel, diesen Teil der SWFG schrittweise abzubauen bzw. in andere Formen zu überführen. In der nächsten Kreistagssitzung werden die Ergebnisse des diesbezüglichen Prüfauftrages des Kreistages vorgestellt werden. Frau Gurske stellt dar, dass der Paketverkauf wichtig ist, da er den Zuschussbedarf mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung reduziert und zu einem schrittweisen Rückbau des Immobiliengeschäftes führt. Sie stellt die Vor- und Nachteile eines Einzelverkaufs der Objekte dar.

Frau Gurske verweist darauf, dass es gegenwärtig keine Kenntnis darüber gibt, wann die SWFG über die Mittel verfügen kann, wenn der Verkauf abgeschlossen ist. Deshalb kann und will sie zum jetzigen Zeitpunkt keine belastbaren Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen für das Jahr 2013 machen. Fest steht, dass ein erfolgreich abgeschlossener Verkauf ein wichtiger Baustein bei der Verhandlung neuer Zielvereinbarungen mit der Rest-SWFG darstellt und auch auf die Entscheidung, wie weiter mit der Gesellschaft verfahren werden soll, Einfluss haben wird.

Herr Vogler stellt die Ziele und Aufgaben der SWFG seit ihrer Gründung im Jahr 1992 dar. Er verweist darauf, dass sie ursprünglich keine Immobiliengesellschaft sein sollte und erläutert die Gründe, die im Jahr 2005 zur Übernahme der MBS-Immobilien führten. Mit dem jetzt anstehenden Verkauf wird die Liquiditätsreserve bei der SWFG in Höhe von 6 Mio. € gebildet und ein Gewinn von rund 2 Mio. € generiert.

Auf Nachfrage des Abg. Schlösser informiert Herr Vogler, dass es sich bei den Käufern um zwei deutsche Unternehmen handelt, die in Berlin ansässig sind.

Herr Vogler informiert, dass er ein Schreiben der Deutschen Bank hat, in dem bestätigt wird, dass das Geld bereit liegt und nach Zustimmung des Kreistages zum Verkauf am morgigen Tag auf das Notaranderkonto überwiesen wird.

Herr Abg. von der Heide denkt, dass mit der Befassung des Kreistages zum Immobilienverkauf die Bestimmungen des § 79 BbgKVerf gelten, wonach Vermögensgegenstände nur zum vollen Wert zu verkaufen sind. Voller Wert bedeutet, dass es sich um einen Preis handelt, der durch einen amtlich anerkannten und vereidigten Sachverständigen mittels eines Wertgutachtens festgestellt wurde oder im Zuge einer offenen Ausschreibung. Er fragt, ob der volle Wert für alle Immobilien ermittelt wurde. Wenn nicht, ist die Zustimmung der Kommunalaufsicht einzuholen. Deshalb fragt er, ob in diesem Fall die Zustimmung des Innenministeriums vorliegt.

Der Vorsitzende des Kreistages und Herr Vogler widersprechen der Rechtsauffassung des Abg. von der Heide.

Der Vorsitzende des Kreistages macht nochmals deutlich, dass der Kreistag nicht über den Verkauf abstimmt, da es sich bei diesen Immobilien nicht um Vermögensgegenstände des Landkreises handelt. Der Verkauf ist eine Angelegenheit der SWFG und ihrer Gremien, der bereits getätigt ist.

(Den Abgeordneten wird in der Pause die Möglichkeit gegeben, in das Schreiben der Deutschen Bank vom 26.03.2013 zur Kaufpreisbelegung Einsicht zu nehmen.)

Der Vorsitzende des Kreistages stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung fest.

Nichtöffentlicher Teil

Luckenwalde, den 4. April 2013

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a horizontal line across the middle, ending with a period.

Christoph Schulze
Vorsitzender des Kreistages